Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss

Es informiert Sie Norbert Korte

Telefon (0202) 563 25 41
Fax (0202) 563 81 37
E-Mail Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum 06.07.10

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/0643/10) am 01.07.2010

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Helga Güster

von der CDU-Fraktion

Frau Sylvia Schmid, Herr Arno Hadasch, Herr Markus Stranzenbach

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Stuhlreiter, Herr Hans Jürgen Vitenius

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Susanne Wywiol

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Dirk Krüger

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Frank Gottsmann (Arbeiterwohlfahrt), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Dr. Christoph Humburg (Caritasverband Wuppertal/Solingen) bis 18.00 Uhr (TOP 6.3), Herr Joachim Marasus, Herr Sebastian Eisenblätter (beide Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Monika Lottmann (DPWV), Frau Felizitas Marx (Kath. Kirche), Frau Gabriele Westkott (Schulen), Herr Reinhard Fliege (Deutsche Rotes Kreuz), Herr Pfr. Thomas Kroemer (Evang. Kirche), Herr KOK Ralf Weidner (Polizei), Herr Bernd Schäckermann (Trägerkonferenz Kinder- und Jugendeinrichtungen), Herr Beig. Dr. Stefan Kühn (Geschäftsbereich Soziales, Jugend u. Integration, Herr Dieter Verst (Ressort Kinder, Jugend u. Familie – Jugendamt)

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 – Tageseinrichtg. für Kinder), Frau Monika Biskoping (Berg VHS), Frau Sabine Fahrenkrog (SB 206 – Schulen), Frau Christine Schmidt (208.JHP – Ju-

gendhilfeplanung), Herr Bernhard Redecker (FB 208.1 – Bezirkssozialdienste), Frau Jobst (FB 208.2 – FB Jugend & Freizeit), Herr Peter Krieg (FB 208.2 – Jugend & Freizeit)

von der Presse

Frau Madeleine Gullert (WZ)

Schriftführer: Herr Korte

Beginn: 16:01 Uhr Ende: 18:06 Uhr

Der Vorsitzende, Herr Kühme, und sein Stellvertreter, Herr Mucke, können an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Es besteht Einvernehmen, dass die frühere Vorsitzende, **Frau Güster**, die Sitzungsleitung übernimmt.

Die **Vorsitzende** verpflichtet Frau Kohls (Evang. Kirche), Frau Wywiol (FDP-Fraktion), Herrn Hadasch (CDU-Fraktion) und Herrn Schäckermann (Kinder- u. Jugendeinrichtg.) formgemäß als Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Herr Dr. Kühn berichtet aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie. Zwei auch für den Jugendhilfeausschuss interessante Antwortvorlagen der Verwaltung auf Anfragen zu den Einschulungsuntersuchungen und den ärztlichen Untersuchungen in den Tageseinrichtungen für Kinder werden mit der Niederschrift über diese Sitzung verschickt. Der Niederschrift beigefügt wird auch eine Berichtsvorlage der Verwaltung zur personellen Situation im städt. Gesundheitsamt.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag der Vorsitzenden zu folgen, die Tagesordnungspunkte 11 + 12 (Berichterstatterin Frau Fahrenkrog) und 4 (Berichterstatterin u.a. Frau Biskoping) vorzuziehen und im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln. Die Veränderungen in der zeitlichen Abfolge bei der Behandlung der einzelnen Tagesordnungspunkte werden in dieser Niederschrift nicht berücksichtigt.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.05.10

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 06.05.10 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Herr Krieg entschuldigt die Vertreter/innen der Bezirksjugendräte und berichtet über die bisherigen und noch geplanten Aktionen zu den BJR-Wahlen im November. Er schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Powerpoint-Präsentation und einen kleinen Werbefilm zu den BJR-Wahlen vorzustellen.

3 Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

3.1 Trägerverein verlässliche Grundschule Gebhardtstr. e.V. — Vorlage: VO/0473/10

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Einstimmigkeit

3.2 Baff e.V. Vorlage: VO/0531/10

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Einstimmigkeit

4 Angebote der Familienbildungsstätten in Wuppertal

4.1 Entwicklung des Angebotes der Familienbildungsstätten in Wuppertal 2002 - 2009 Vorlage: VO/0312/10

Herr Dr. Kühn und **Herr Verst** erläutern die Vorlage.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Vitenius, Herr Dr. Krüger, Herr Dr. Humburg, Herr Marasus und Frau Wywiol.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Entgegennahme ohne Beschluss

4.2 Wirtschaftsplan 2010 des Zweckverbandes Bergische Volkhochschule (VHS) Vorlage: VO/0429/10

4.3 Begleitantrag zum Wirtschaftsplan der Bergischen VHS - gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.06.2010 - Vorlage: VO/0523/10

Frau Biskoping erläutert den Wirtschaftsplan. Die im Bereich der Familienbildungsstätten ab 2013/14 vorgesehenen Änderungen würden mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2010 noch nicht beschlossen.

Frau Biskoping beantwortet Fragen von Herrn Dr. Hamburger und Herrn Dr. Krüger.

Herr Ramette bittet die Verwaltung um Prüfung der Frage, ob die Familienbildungsstätten als selbstständige Verwaltungseinheiten Landeszuschüsse erhalten könnten.

Die **Vorsitzende** lässt zuerst über den weitergehenden gemeinsamen Begleitantrag der Fraktionen von CDU und SPD abstimmen.

Es besteht Einvernehmen, dem Antrag von **Herrn Ramette** zu folgen und über die einzelnen Absätze des Begleitantrages einzeln abzustimmen.

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Absatz 1 der Drs.-Nr. VO/0523/10

Der Antrag wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis

14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

Absatz 2 der Drs.-Nr. VO/0523/10

Der Antrag wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis

14 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

Absatz 3 der Drs.-Nr. VO/0523/10

Der Antrag wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis

13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme (Die Linke), 1 Stimmenthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

Drs.-Nr. VO/429/10

Abstimmungsergebnis

13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme (Die Linke), 1 Stimmenthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

5 Entwicklung der erzieherischen Hilfen

Herr Dr. Kühn und **Herr Verst** berichten über die Entwicklung. Vor der Sitzung wurde bereits ein ergänzender schriftlicher Bericht ausgelegt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Vorsitzende, Frau Wywiol, Herr Dr. Humburg, Herr Dr. Krüger, Herr Marasus, Herr Vitenius und Herr Dr. Kühn.

6 Haushaltsplanberatungen

6.1 Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010-2014 - Teil II Vorlage: VO/0463/10

Herr Dr. Krüger begründet seine ablehnende Haltung zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Frau Wywiol, Herr Ramette und Herr Vitenius.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen (Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke),
1 Stimmenthaltung (FDP-Frakt.)

6.2 Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 für den Kinder- und Jugendbereich **Vorlage: VO/0283/10**

Herr Ramette und **Herr Dr. Krüger** wollen dem Haushaltsplan-Entwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Frau Wywiol legt eine Liste mit 8 Fragen an die Verwaltung vor. Sie bittet, die Antwort der Niederschrift zu dieser Sitzung anzufügen.

Herr Dr. Hamburger begründet den Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege nach einer Erhöhung der Zuschüsse für die freien Träger.

Herr Dr. Kühn gibt zu Bedenken, dass aus haushaltsrechtlicher Sicht nur bei Pflichtleistungen die Möglichkeit besteht, die Ansätze zu erhöhen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, den Haushaltsplan-Entwurf 2010/2011 um die in den Anträgen der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AgFW), des Nachbarschaftsheimes und des Vereins alpha e.V. (Jugendwerkstatt) genannten Beträge zu erhöhen.

AgFW	+ 128.049 € (2010)	+ 206.503 € (2011)
Nachbarschaftsheim	+ 96.889 € (2010)	+ 88.085 € (2011)
Alpha e.V. (Jugendwerkstatt)	+ 2.200 € (2010)	+ 4.400 € (2011)
	+ 227.138 € (2010)	+ 298.988 € (2011)

Abstimmungsergebnis

8 Ja-Stimmen, 6-Nein-Stimmen (CDU-/SPD-Fraktion), 1 Stimmenthaltung (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)

6.3 Einschränkung der Angebote in der städt. Kinder- und Jugendarbeit als Folge der Nicht-Wiederbesetzung von Stellen **Vorlage: VO/0537/10**

Herr Dr. Kühn erläutert die schwierige Situation. Die Stadt wolle im Dialog mit der Bezirksregierung klären, was als notwendiger Standard bei der Ausstattung mit Kinder- und Jugendeinrichtungen anzusehen ist, damit zumindest ein Teil der Stellen wieder besetzt werden kann. Der Standort Leibusch müsse unter den gegebenen Umständen vorläufig aufgegeben werden. Eine endgültige Schließung könne aber nur nach einem entsprechenden Ratsbeschluss erfolgen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Pfr. Kroemer, Herr Dr. Krüger und Herr Vitenius.

Herr Verst weist darauf hin, dass die Vorlage zuerst einmal nur die Ergebnisse der verwaltungsinternen Überlegungen wiedergibt. In die weitere Umsetzung würden alle Beteiligten einbezogen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Entgegennahme ohne Beschluss

---

7 **Erweiterung der städt. Tageseinrichtung für Kinder Rathenaustr. 20 durch Errichtung eines Anbaus für den Betrieb von weiteren 3 Gruppen sowie die Errichtung eines Ersatzbaus für die städt. Tageseinrichtung für Kinder Dahler Str. 59** **Vorlage: VO/0555/10**

Herr Dr. Kühn beantwortet eine Frage von Frau Wywiol zum behindertengerechten Ausbau.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Die Drucksache wird gemäß Vorlage beschlossen.

Einstimmigkeit

---

8 **Anfrage der Bezirksvertretung Oberbarmen zur Planung einer Erweiterung der städt. Tageseinrichtung für Kinder Rathenaustr. 20** **Vorlage: VO/0577/10**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.10

Entgegennahme ohne Beschluss

---

9 **Angleichung der Sommerferienzeiten der Tageseinrichtungen für Kinder und der Betreuungsangebote im Rahmen der offenen Ganztagsschule** **Vorlage: VO/0543/10**

Frau Wywiol erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Der Antrag wird gemäß Vorlage beschlossen.

Einstimmigkeit

---

10 **Kita-Ausbau** **Vorlage: VO/0522/10**
- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN -

10.1 **Beantwortung der Anfrage zum Kita-Ausbau** **Vorlage: VO/0522/10/1-A**

Herr Dr. Kühn weist noch auf einige Eckpunkte der Verwaltungsvorlage hin.

Herr Ramette ist mit der Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion zufrieden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Entgegennahme ohne Beschluss

11 **Wann kommt der Kommunale Bildungsbericht? Vorlage: VO/0457/10**
- Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN -

Frau Fahrenkrog verliest eine Antwort auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die die Äußerungen von Herrn Nocke im Ausschuss für Schule und Bildung am 29. Juni zusammenfasst:

„Die Verwaltung hat anlässlich der Beschlussfassung über den Antrag von CDU und SPD im Herbst 2009 auf den Jahresablauf, eine Vielzahl von zu bearbeitenden Maßnahmen und Projekten sowie die angespannte Personalsituation im SB 206 hingewiesen. Die Antragsteller hatten ihr Verständnis dafür signalisiert, gleichwohl einen Einstieg in die Berichtspflicht gefordert.

Aktuell wird nun ein Bildungsbericht als Bestandteil des Demographieberichtes in der Ratssitzung am 12.07.10 vorgestellt werden. Dieser Bericht wurde federführend im Stadtentwicklungsausschuss beraten und wird als Drucksache zur Ratssitzung einsehbar sein.

Als künftige wichtige Projekte nennt Herr Nocke den Aufbau des regionalen Bildungsnetzwerkes und die Förder- und Hauptschulentwicklungsplanung. In Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfebereich stellt er für 2010/2011 einen aktuellen Bildungsbericht in Aussicht.“

12 **Aufbau und Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Wuppertal** **Vorlage: VO/0564/10**

Die Verwaltungsvorlage konnte erst vor der Sitzung ausgelegt werden. Nach der Beratung der Vorlage im Ausschuss für Schule und Bildung am 29. Juni ist der Text unter Punkt 4 „Handlungsfelder“, Spiegelstrich 3, neu gefasst worden.

Frau Fahrenkrog erläutert die Gründe für den beabsichtigten Aufbau eines Bildungsnetzwerkes.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Wywiol, Herr Ramette, Herr Dr. Hamburger, Herr Dr. Krüger Herr Vitenius. Frau Fahrenkrog nimmt zu verschiedenen Fragen Stellung.

Herr Ramette bittet die Verwaltung, über die weitere Entwicklung nicht nur im Ausschuss für Schule und Bildung, sondern auch im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

Es besteht Einvernehmen, in der Septembersitzung erneut über das Thema Bildungsnetzwerk zu beraten.

<u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:</u>

Entgegennahme ohne Beschluss

13 **2. Bericht des Arbeitskreises Hilfen bei sexueller Gewalt** **Vorlage: VO/0562/10**

Frau Hoffmann, die Sprecherin des Arbeitskreises, stellt die Arbeit des Arbeitskreises kurz vor.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010:

Entgegennahme ohne Beschluss

14 Wünsche und Anregungen

Herr Dr. Krüger bittet die Verwaltung, den Jugendhilfeausschuss über die von der künftigen neuen Landesregierung geplanten Änderungen im Kindertagesstättenbereich zeitnah zu unterrichten.

Güster
Vorsitzende

Korte
Schriftführer

Anlage 1 zu TOP 6.2: Beantwortung der Fragen von Frau Wywiol zu den Zielen und Kennzahlen des Haushalts 2010/2011

Frage 1

Unter dem Produkt 1.31.12.01 „Unterhaltsvorschuss“ wird als Ziel die Refinanzierungsquote in Höhe von 14 % angestrebt. Als Kennzahl der Zielerreichung wird ebenfalls 14 % angegeben. 14 % von was?

Kann die Refinanzierungsquote nicht höher ausfallen? In 2008 lag die Quote immerhin bei 47 %. Wieso kann dieses Niveau nicht wenigstens gehalten werden?

Antwort

Das Ziel ist bezeichnet als „Sicherung der Refinanzierungsquote in Höhe von 14 % der Ausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen (UVG)“. Es sollen 14 % der Ausgaben für UVG aus Unterhaltszahlungen der unterhaltspflichtigen Elternteile refinanziert werden.

Die in 2008 ausgewiesene Refinanzierung bezieht sich nicht auf die Einziehung von Unterhalt, sondern auf die Kostenbeteiligung des Bundes/Landes an den Gesamtausgaben der Stadt Wuppertal für Unterhaltsvorschussleistungen.

Frage 2

Unter 1.36.03.01 „Offene Einrichtungen für Kinder und Jugendliche“ wird kein haushaltsrelevantes Ziel formuliert. Wieso nicht?

Im Haushaushaltsplan wir lediglich eine Beschreibung, dass 25 % der Standorte eine Wochenendöffnungszeit haben, formuliert. Was ist das Ziel? Erhalt der Wochenendöffnungszeiten?

Die Kennzahlen hierzu unterscheiden sich in den Haushaltsjahren 2008/09 und für die weitere Planung (hier wird nur der Status Quo festgehalten). Wieso?

Der Stellenplan weist in 2008: 15,93 – ab 2010: 60,49 aus. Wieso? Welche Auswirkungen hat dies auf die Zahl der Einrichtungen? Auf die Öffnungszeiten? etc.?

Antwort

Das Ziel ist, dass 25 % der städt. Standorte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit regelmäßige Öffnungszeiten am Wochenende haben.

Für den Haushaltsplan 2010/2011 wurden neue Ziele und Kennzahlen gebildet. Aufgrund geänderter Vorgaben haben sich Produktgruppen und Produkte bzw. die Zuordnung geändert.

Der letzte Teil der Frage kann leider nicht beantwortet werden. Die von Ihnen zitierten Zahlen (15,93 bzw. 60,49) sind hier nicht bekannt.

Frage 3

Unter dem Produktkennzeichen 1.36.09.01 „Elterngeld“ wird weder ein Ziel, noch eine Kennzahl formuliert. Warum nicht? Hier könnte z.B. die Bearbeitungszeit der Elterngeldanträge als Ziel formuliert werden.

Antwort

Bei Elterngeld handelt es sich um ein Finanzprodukt, für das keine Kennzahlen zu bilden sind. Die Aufwendungen für das Elterngeld tragen Bund und Land NRW.

Frage 4

Unter 1.36..1 „Familien- und schulpsychologische Beratung“ wird als Ziel: 40 Gruppenangebote angestrebt. In 2008 waren es noch 44 Gruppenangebote. Warum dieser Rückgang, wenn gleichzeitig der Bedarf steigt?

Das Ziel bleibt in den Planungsjahren bis 2014 gleich, obwohl die Fallzahlen deutlich steigen. Dies würde de facto eine Kürzung bedeuten?

Wäre es nicht hilfreicher, die Wartezeit auf den ersten Beratungstermin (z.B. spätestens innerhalb von 4 Wochen) als Ziel zu formulieren? Oder die Zahl der Ärzte? Derzeit gibt es hier ein hohes Personaldefizit. Soll dieses Defizit fortgeführt werden?

Antwort

Gruppen und Projekte werden in der Regel von Honorarkräften betreut. Die Planung ist den gekürzten Haushaltsmitteln angepasst worden.

Das gilt auch für die nächste Frage. Bei den Wartezeiten gibt es einen Unterschied zwischen Familienberatung und Schulpsychologie. Bei der Familienberatung bekommen ca. 80 bis 90 % der Familien einen Termin innerhalb von 4 Wochen. Bis zur Weiterbetreuung dauert es dann 3 – 4 Monate. Hier kann oft mit einem ersten Termin schon weitergeholfen werden. Bei der Schulpsychologie dauert es bis zum ersten Termin bei 50 % der Ratsuchenden ebenfalls nicht länger als 4 Wochen. Bei Fragen, die eine umfangreiche diagnostische Abklärung verlangen, vergeht ein längerer Zeitraum bis zum ersten Termin. Ein zusätzlicher früher Termin würde hier nicht weiterhelfen. Er wäre unökonomisch und mit einer Verlängerung der Wartezeiten verbunden.

Frage 5

Unter 1.51.13 „Soziale Stadt“ wird die Durchführung von Projekten nach Projektplan als Ziel formuliert. Was beinhaltet dieser Plan? Als Kennzahl wird 100 % angegeben. Wie soll mit dieser Effizienz-Kennzahl die Zielerreichung gemessen werden?

Antwort

Aus dem Stadterneuerungsprogramm des Landes NRW wurden für die „Soziale Stadt Oberbarmen/Wichlinghausen“ Ende 2008 Mittel in Höhe von 1,77 Mio. € bewilligt (Förderquote 80 %). Aufgrund der zwischenzeitlich eingetretenen Verschärfung der städtischen Haushaltslage und der damit einhergehenden restriktiven Vorgaben der Aufsichtsbehörde zum Einsatz notwendiger kommunaler Finanzmittel konnte eine Umsetzung städtischer Maßnahmen mit Ausnahme des Schulhofes Hügelstr. (1. BA) nicht erfolgen. Nähere Einzelheiten bitte ich der von der Verwaltung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung am 06.07.10 vorgelegten Drucksache zu entnehmen.

Frage 6

Unter dem Produkt 1.51.13.02 „Ostersbaum“ fehlen Zahlen im Haushaltsplan. Wieso?

Antwort

Unter diesem Produkt sind Mittel für nachstehende Projekte veranschlagt:

„Stärken vor Ort“ Ostersbaum Ansatz 2010 + 2011 in Einnahme u. Ausgabe jeweils 100.000 €
100-%-Förderung aus EU-Mitteln

Managementmittel Ostersbaum Ansatz 2010 in Einnahme u. Ausgabe jeweils 44.700 €
Restabwicklung bereits vor 2010 begonnener Projekte

Stadtteilbüro Nachbarschaftsheim Ansatz 2010 in Einnahme u. Ausgabe jeweils 51.400 €

Zuschuss Huppertsberg-Fabrik Ansatz 2010 in Einnahme u. Ausgabe jeweils 248.000 €

Frage 7

7 a) In der Produktgruppe 1.36.01 „Tageseinrichtungen für Kinder“ wird der Ausbau der U3-Betreuung als Ziel anvisiert. Als Kennzahlen werden 10 % bzw. ab 2012 11 % aller Plätze (bei freien Träger: 11 % bzw. ab 2012 15 %) genannt. Kann damit der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllt werden?

7 b) Wenn nicht, soll die Lücke in der Betreuung durch die Tagespflege gefüllt werden? Wenn ja, sind die Kennzahlen unter dem Produkt 1.36.02.01 „Tagespflege“ (600 Plätze in 2010, 800 Plätze in 2011) realistisch? Zum Vergleich: In 2008 waren es 127 Plätze und in 2009 250 Plätze.

7 c) Warum werden in der Produktgruppe 1.36.01 keine Ziele zur Sprachförderung genannt? Warum werden keine Bildungsziele formuliert?

Antwort zu 7 a)

Der ab 2013 geltende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch für Kinder unter 3 Jahren kann auch bei Erreichen der Kennzahlen nicht erfüllt werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand fehlen strukturell 946 Betreuungsplätze in Tageseinrichtungen für Kinder. Weder durch Nutzung des demografischen Wandels sowie des vorgezogenen Einschulungsalters als auch durch Einrichtung neuer Gruppen - insbesondere durch freie Träger - kann dieses Defizit ausgeglichen werden.

Antwort zu 7 b)

In der Bedarfsplanung sind zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren sowohl Plätze in Tageseinrichtungen als auch in Tagespflege vorgesehen. Die angegebenen Kennzahlen wurden unter Berücksichtigung der demografischen Daten und der Bedarfsquoten festgelegt. Die Aussichten, die tatsächlich geplante Ausweitung der Tagespflegeplätze zu erreichen, sind angesichts der bisherigen Erfahrungen bei der Werbung neuer Tagespflegepersonen und des Nachfrageverhaltens interessierter Eltern sehr kritisch zu beurteilen.

Antwort zu 7 c)

Das bei der Haushaltsplanung 2008/2009 aufgeführte Ziel „Durchführung von Sprachfördermaßnahmen in Einrichtungen mit mindestens 50 % der Kinder mit Migrationshintergrund“ bezog sich auf Förderrichtlinien, die mit Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes entfallen sind.

Entsprechend den Vorgaben aus § 13 Abs. 6 KiBiz ist Sprachförderung nunmehr integraler Bestandteil der Betreuung innerhalb von Kindertageseinrichtungen und steht damit allen Kindern zur Verfügung. Zur Unterstützung erhalten die Einrichtungen, in denen ein höherer Anteil an Kindern

mit Migrationshintergrund betreut wird, auch weiterhin zusätzliche Personalkapazitäten. Die verschiedensten Angebote zur Sprachförderung stehen auch den Kindern zur Verfügung, die nach dem Sprachfeststellungsverfahren als sprachförderbedürftig testiert worden sind.

Frage 8

Sind die Kostenansätze in der Produktgruppe 1.36.05 Leistungen zur Förderung jungen Menschen und Familien/ 1.36.05.05 Beistandschaften/ 1.36.05.01 Hilfen zur Erziehung u. präventive Projekte nicht unrealistisch? Die aktuellen Förderangebote reichen schon heute nicht aus, um erfolgreich zu unterstützen und präventiv zu arbeiten. Bereits heute sind zu wenige Heimplätze und ambulante Hilfsangebote vorhanden, sodass viele Kinder und Jugendliche trotz massiver körperlicher und psychischer Misshandlungen ihre Familien nicht verlassen können. Die Zahl der verhaltensauffälligen Kinder und Familien nimmt zu. Auch der Vorschlag, vermehrt Pflegeeltern einzustellen, ist unrealistisch. Woher sollen wir diese Familien nehmen? Weshalb sollten Familien motiviert sein, massiv verhaltensauffällige Kinder aufzunehmen?

Antwort zu 1.36.05.05 Beistandschaften

Die Ansätze für das Produkt Beistandschaft wurden nach Auswertung statistischer Unterlagen aus den Jahren 2006 – 2008 unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung für die neue Haushaltsperiode geschätzt. Nach den bisherigen Erfahrungen in der Beistandschaft müssen die Einnahmeerwartungen als realistisch erzielbare Unterhaltsbeiträge angesehen werden. Direkte Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Wuppertal haben die Einnahmen der Beistandschaft insoweit nicht, als es sich um sog. durchlaufende Gelder handelt, die an die unterhaltsberechtigten Kinder weitergeleitet werden.

Antwort zu 1.36.05.01 Hilfen zur Erziehung u. präventive Projekte

Zu dieser Frage haben Herr Dr. Kühn und Herr Verst bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 1. Juli ausführlich berichtet.

Verst

Zum Neubau der städt. Tageseinrichtung für Kinder An der Blutfinke sind als **Anlagen 5 + 5 a** die Anfrage der CDU-Fraktion zur Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf am 06.07.10 und die entsprechende Antwort der Verwaltung zur Information beigefügt.